

Brenke, Karl; Wittenberg, Erich

Article

"Gesetzlicher Mindestlohn: Kleine Betriebe hätten zu kämpfen": Acht Fragen an Karl Brenke

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Brenke, Karl; Wittenberg, Erich (2013) : "Gesetzlicher Mindestlohn: Kleine Betriebe hätten zu kämpfen": Acht Fragen an Karl Brenke, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 39, pp. 18-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/83684>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Karl Brenke
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Vorstand des DIW Berlin

ACHT FRAGEN AN KARL BRENKE

»Gesetzlicher Mindestlohn: Kleine Betriebe hätten zu kämpfen«

1. Herr Brenke, SPD und Die Grünen setzen sich für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ein, die Linkspartei fordert zehn Euro pro Stunde. Wie viele Arbeitnehmer in Deutschland wären davon betroffen? Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro wären das ein Sechstel und bei einem Mindestlohn von zehn Euro ein Viertel aller Arbeitnehmer. Einbezogen wären mehr Frauen als Männer, mehr Minijobber und Teilzeitkräfte als Vollzeitbeschäftigte und Ostdeutschland stärker als Westdeutschland.
2. Wie groß ist die Gefahr, dass die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns zu Arbeitsplatzverlusten führt? Es gibt keine eindeutigen Belege dafür, dass ein Mindestlohn zu Arbeitsplatzverlusten führt. Viel hängt allerdings davon ab, wie hoch er angesetzt wird. Schwierig könnte es werden, wenn er abrupt sehr hoch ausfallen würde.
3. Wie hoch sollte denn der Mindestlohn angesetzt werden? Ich will jetzt keine Grenze festlegen, aber ich meine, man sollte tiefer ansetzen, vielleicht bei sieben Euro und dann abwarten und beobachten. Wenn sich dann zeigt, dass keine Arbeitsplätze verlorengehen, könnte man den Mindestlohn sukzessive anheben.
4. Die Union setzt auf tarifliche Lohnuntergrenzen. Welche Vor- und Nachteile hätte das? Gewerkschaften und die Arbeitgeber können und müssen danach selber aushandeln, wie hoch die Mindestlöhne sein sollen. Das Problem ist nur, was mache ich mit den Bereichen, die von den Arbeitgebern und den Gewerkschaften gar nicht erfasst werden? Es gibt ja tariffreie Bereiche, wie etwa im Gastgewerbe, in Teilen des Einzelhandels oder bei Reinigungsfirmen. Wie gehe ich damit um? Da schweigt die CDU/CSU.
5. Welche Betriebe hätten mit den gestiegenen Lohnkosten besonders zu kämpfen? Das wären vor allen Dingen kleine Betriebe und Betriebe bei den konsumnahen Diensten. Diese Betriebe hätten zu kämpfen, weil sie nicht nur kleiner sind, sondern wohl auch weniger Gewinn machen. Diese Unternehmen müssten wahrschein-

lich die Preise anheben, und die Kunden müssten dann etwa in der Gaststätte, beim Friseur oder Taxifahrer die höheren Preise auch akzeptieren.

6. Ist ein Mindestlohn geeignet, die Lohnungleichheit und die Armut in Deutschland wirksam zu begrenzen? Die Lohnungleichheit wird er schon deutlich reduzieren. Vor allen Dingen im unteren Bereich wird der Mindestlohn dazu führen, dass weniger Ungleichheit bestehen würde, aber die Niedriglöhner sind auf die Haushalte bezogen relativ gleichmäßig in der Bevölkerung verteilt. Beispielsweise arbeiten viele Minijobber in Haushalten, wo auch andere Erwerbseinkommen anfallen. Deshalb taugt ein Mindestlohn weder zur Bekämpfung von Armut noch zur Bekämpfung von Einkommensungleichheit auf Haushaltsebene.
7. Würde ein Mindestlohn die Zahl der sogenannten Aufstocker reduzieren? Kaum, weil die meisten Aufstocker Personen sind, die einen Minijob oder eine Teilzeitbeschäftigung haben und daneben arbeitslos gemeldet sind. Hier würde ein höherer Mindestlohn überhaupt nichts bewirken, denn von einer Teilzeitbeschäftigung oder vom Minijob kann niemand leben. Bei dem einen oder anderen Vollzeitbeschäftigten würde vielleicht ein Mindestlohn helfen, aber bei vielen nicht, weil sie schon höhere Löhne haben.
8. Ließe sich ein Mindestlohn nicht einfach umgehen, beispielsweise durch unbezahlte Überstunden? Das ist natürlich ein Problem. Wenn man allgemeine Mindestlöhne einführt, muss man das sehr genau kontrollieren. Es darf dann keine unbezahlte Mehrarbeit geben. Man muss auch sehr aufpassen, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht in Minijobs zerlegt werden, die ja privilegiert sind. Am besten wäre es, diese Minijobs ganz abzuschaffen. Es könnte sein, dass man auf die in Mode gekommenen Werkverträge setzt. Hier gibt es sehr viele Umgehungsmöglichkeiten. Da muss die Politik aufpassen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Markus M. Grabka

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.